

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 9039/39  
Telex: 8 65 846 ppbn d  
Telefax: 21 03 64

## Inhalt

Joachim Poß MdB zu der  
Koalitionsdebatte über die  
„Finanzierung der deut-  
schen Einheit“: Steuererhö-  
hungen für die Kosten der  
deutschen Einheit?

Seite 1

Gerhard Schröder MdL zu  
widersprüchlichen Unions-  
Äußerungen über die Finan-  
zierung der DDR-Hilfe: Bit-  
te keine weiteren Täu-  
schungsmanöver!

Seite 3

### Dokumentation:

Sozialdemokratische Wirt-  
schaftsexperten aus Ost-  
und Westberlin haben in  
einer gemeinsamen Erklä-  
rung einen Umtauschkurs  
1:1 gefordert. Wortlaut

Seite 4

45. Jahrgang / 69

9. April 1990

### Steuererhöhungen für die Kosten der deutschen Einheit?

Zu der Koalitionsdebatte über die „Finanzierung der deutschen Einheit“

Von Joachim Poß MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß  
des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung versucht, die insbesondere von Bundes-  
arbeitsminister Blüm ausgelösten Irritationen in der Öffentlich-  
keit über eine Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung der  
Kosten der deutschen Einheit jetzt mit der Argumentation  
aufzufangen: Was die deutsche Einheit uns kostet, ist durch  
zusätzliches Wachstum der Wirtschaft und der Steuern finan-  
zierbar.

Schon in der Bundestagsdebatte über den Nachtragshaushalt  
vom 30. März 1990 hat der Parlamentarische Staatssekretär  
des Bundesfinanzministers, Carstens, „kräftige Wachstums-  
impulse“ für die Volkswirtschaft in der Bundesrepublik durch  
den Nachholbedarf der DDR in Aussicht gestellt und die daraus  
entstehenden Steuermehreinnahmen zu quantifizieren versucht.  
Die zusätzlichen Wachstumsimpulse aus der DDR würden -  
so der Parlamentarische Staatssekretär Carstens - bei minde-  
stens ein Prozent zusätzlichem Wirtschaftswachstum aufs  
Jahr gerechnet 23 Milliarden DM betragen; „dies erbringt -  
kumuliert bis einschließlich 1995 - ein zusätzliches Wirtschafts-  
wachstum von 380 Milliarden DM. Die öffentlichen Haushalte  
erhalten hiervon 22 bis 23 Prozent Steuern; das heißt bei nur  
einem Prozent zusätzlichem Wachstum bei uns in der Bundesre-  
publik hätten die öffentlichen Haushalte rund 85 Milliarden  
DM mehr Steuereinnahmen“.

Der FDP-Vorsitzende Lamsdorff präsentierte am Freitag  
abend den deutschen Fernsehzuschauern eine Rechnung,  
nach der durch den zu erwartenden Wachstumsschub von  
4,5 v.H. des nominalen Bruttosozialprodukts auf 6 v.H. dies  
sogar in den drei Jahren 1991 bis 1993 - kumuliert - 120 Mil-  
liarden Steuermehreinnahmen sein werden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Zeitung  
mit 100% Recycling  
Kreuzkopf-Papier



45. Jahrgang / 69 / 9. April 1990

Was ist nun richtig: 85 Milliarden DM mehr Steuern in fünf Jahren oder 120 Milliarden DM mehr Steuern in drei Jahren? Die Unterschiede sind gewaltig!

Wenn der Parlamentarische Staatssekretär Carstens 85 Milliarden DM Steuermehreinnahmen - aufaddiert - bis 1995 nennt, dann will er mit diesen Zahlen einen beschwichtigenden Eindruck vermitteln. Aber nüchtern betrachtet sind das 1991 nur fünf Milliarden DM Steuermehreinnahmen, die dann Jahr für Jahr um fünf Milliarden DM wachsen. Glaubt man im Bundesfinanzministerium, damit die Kosten der deutschen Einheit zu decken?

Hat der FDP-Vorsitzende Lambsdorff bei seiner Rechnung zur Beschwichtigung die gleiche Darstellungsmethode wie Herr Carstens gebraucht? Wie kommt er zu der riesigen Summe von 120 Milliarden DM Steuermehreinnahmen in drei Jahren?

Auch nach meiner Vorausberechnung werden wir bei einem von nominal viereinhalb v.H. auf sechs v.H. erhöhten BSP-Wachstum in den Jahren von 1991 bis 1993 - gegenüber der letzten amtlichen Steuerschätzung vom Mai vergangenen Jahres - Steuermehreinnahmen in gewaltiger Höhe haben. Es wäre aber eine falsche Interpretation, dies als Erfolg des Wachstumsschubs aus der DDR anzusehen; hierbei sind auch viele Milliarden dieser höheren Steuern die Folgen eines erheblich verstärkten Preisenstiegs. Dabei ist eine kumulierte Höhe von über 120 Milliarden DM in drei Jahren rechnerisch korrekt. Denn die Rechnung ergibt für 1991 30 Milliarden DM, für 1992 42 Milliarden DM und für 1993 66 Milliarden DM höhere Steuern als nach der letzten Steuerschätzung.

Aber wenn Graf Lambsdorff seriös gewesen wäre, hätte er den deutschen Bürgern gleichzeitig auch sagen müssen, daß die von ihm genannten 120 Milliarden DM Steuermehreinnahmen sofort auf nur rund 40 Milliarden DM zusammenschmelzen, wenn die vom FDP-Präsidium beschlossenen Steuersenkungen in den Jahren 1992 und 1993 jeweils rund 30 Milliarden DM Einnahmen kosten. Oder hat Graf Lambsdorff bewußt verschwiegen, daß die bereits vom Bundeswirtschaftsminister Haussmann vorgeschlagene Mehrwertsteuererhöhung zum Ausgleich für die Unternehmenssteuer-senkung vorgesehen ist?

Die Bundesregierung gibt nach wie vor die wirklichen Kosten der deutschen Einheit nicht bekannt, erklärt aber, daß die Kosten aus den „erheblichen Finanzmassen bei den öffentlichen Haushalten und bei den Sozialinstitutionen (!)“ (so Bundeskanzler Kohl) finanzierbar seien.

Nach meiner Auffassung wird mit den zu erwartenden sehr viel höheren Steuern eine Finanzierungsmasse vorhanden sein, die ausreicht, um die auf die öffentlichen Haushalte zukommenden Kosten der deutschen Einheit in den nächsten Jahren zu finanzieren, und zwar ohne Mehrwertsteuererhöhung und ohne Griff in die Sozialkassen. Voraussetzung ist allerdings, daß die notwendigen Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben vorgenommen werden - und daß endlich die unsinnigen Pläne für die Senkung der Unternehmenssteuern aufgegeben werden.

**ANMERKUNG:**

Steuereinnahmen			
nach der letzten mittelfristigen Steuerschätzung vom Mai 1989:			
1990	1991	1992	1993
525,4 *)	554,3	586,3	614,9
und aktualisierte Berechnung:			
545	585	628	680

\*) in der Novemberschätzung auf 536,7 Milliarden DM erhöht. (-/9.4.1990/va-ha/rs)

\* \* \*

**Bitte keine weiteren Täuschungsmanöver!**

---

**Zu widersprüchlichen Unions-Äußerungen über die Finanzierung der DDR-Hilfe**

**Von Gerhard Schröder MdL**

**Mitglied des SPD-Präsidiums**

**SPD-Spitzenkandidat zu den niedersächsischen Landtagswahlen**

Nachdem Herr Kohl die Menschen in der DDR erfolgreich getäuscht hat, beginnen nun im Bündnis mit Herrn Albrecht die Täuschungsmanöver in Niedersachsen.

Zwar wird öffentlich noch verkündet, auf Niedersachsen kämen keine zusätzlichen Kosten für die Hilfe in der DDR zu.

Gleichzeitig hat Herr Kohl aber bereits erklärt, die Hilfe für die DDR hätten Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam zu zahlen.

Noch deutlicher ist bereits der baden-württembergische Ministerpräsident geworden. Herr Späth verkündet, die Strukturhilfe, mit der die Zustimmung Niedersachsens zur Steuerreform erkaufte wurde, müsse vollständig in der DDR ausgegeben werden.

Und Herr Albrecht schweigt zu alledem.

Der Bundeskanzler und der amtierende Ministerpräsident haben jetzt deutlich zu machen, welche Kosten tatsächlich auf die Menschen in Niedersachsen zukommen.

Wir werden in Niedersachsen nicht die gleiche Strategie zulassen, wie in der DDR: Vor der Wahl Versprechungen, nach der Wahl Wortbruch.

(-/9.4.1990/vo-he/rs)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**  
=====**Sozialdemokraten aus Ost- und Westberlin fordern 1:1**  
-----

Mit „großer Besorgnis“ hat der gemeinsame Fachausschuß Wirtschaft des SPD-Landesvorstandes in West-Berlin und des SPD-Bezirksvorstandes in Ost-Berlin die zunehmenden Ängste der Bürgerinnen und Bürger der DDR aufgenommen, „die durch die Politik der Bundesregierung verursacht werden“. Die hohen Erwartungen, die Bundeskanzler Kohl und andere Mitglieder der Bundesregierung im Hinblick auf die Währungs- und Wirtschaftsunion erzeugt hätten, schlugen sich jetzt in einem Klima der generellen Unsicherheit nieder“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. Die beiden Vorsitzenden des gemeinsamen Fachausschusses Wirtschaft, Prof. Dr. Nils Diederich MdB, Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes der SPD in West-Berlin, und Klaus Reiche, Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD in Ost-Berlin, fordern für die Umsetzung der Währungsunion die Einhaltung folgender Grundsätze:

1. Der Lebensstandard der Bürgerinnen und Bürger in der DDR und damit die laufenden Einkommen müssen gehalten werden. Bei der Umstellung der Löhne sind die Höhe der Sozialversicherungsabgaben und der Lohn- und Einkommenssteuern zu berücksichtigen. Die mit dem Subventionsabbau verbundene Umstellung auf Marktpreise ist gegebenenfalls durch Teuerungszuschläge auszugleichen. Die dynamische Rentenversicherung orientiert sich an der Höhe der laufenden Einkommen.
2. Mit der Währungsunion sind die Regelungen für ein Sozialversicherungssystem in Kraft zu setzen. Der Aufbau der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung und der Übergang in ein stabiles soziales Netz muß von der Bundesrepublik finanziert werden.
3. Die DDR braucht ein soziales Mietrecht. Für eine Übergangszeit muß eine Mietpreisbindung erhalten bleiben. Die Einführung kostendeckender Mieten kann nur etappenweise erfolgen und ist an die Einkommensentwicklung gebunden. Bei der Neufestsetzung der Mieten muß die Einkommenssituation der Mieter berücksichtigt werden. Gegebenenfalls erfolgt die Zahlung personengebundenen Wohngelds.
4. Die Übereignung von Grund und Boden muß in einem sozial orientierten Bodenrecht geregelt werden. Die Interessen der Gemeinden und die Grundsätze einer vernünftigen Regionalplanung müssen gewährleistet sein, Bodenspekulation ist zu unterbinden. Deshalb müssen alle seit dem 7. Oktober 1989 durchgeführten Grundstücks- und Gebäudeübertragungen überprüfbar und grundsätzlich widerrufbar sein.
5. Die Sicherung der Staatseinnahmen ist durch ein Steuersystem zu gewährleisten, das sozialen Mindestanforderungen gerecht wird und das die Leistungsbereitschaft fördert. Wichtigste Elemente dieses Steuersystems sind eine progressive Einkommenssteuer, eine Mehrwertsteuer sowie im Vergleich zum Bundesgebiet höhere steuerliche Präferenzen für investive Ausgaben.
6. Die Gebietskörperschaften, das heißt die Gemeinden und die zukünftigen Länder, müssen durch eine angemessene Beteiligung an den Steuereinnahmen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben auch weiterhin zu erfüllen.

7. Bestimmte soziale Betreuungsleistungen - zum Beispiel Kindergärten -, die zukünftig von den Kommunen oder von anderen Trägern erfüllt werden, müssen in ihrer Finanzierung gesichert sein.
8. Die Währungs- und Wirtschaftsunion darf nicht zu Lasten der Frauen durchgeführt werden.
9. Die Sparguthaben müssen gesichert und in ihrem Nominalwert erhalten bleiben. Die Freigabe muß gestaffelt erfolgen und sowohl die Interessen der Sparer als auch die der Wirtschaft berücksichtigen. Die Geldwertstabilität muß gewährleistet sein.
10. Eine Währungsunion mit einem Umtauschkurs 1:1 ist möglich. Die Argumentation des Zentralbankrates, einem 1:1-Umtausch stünden die Schulden der DDR-Betriebe entgegen, ist ökonomisch unseriös. Die im Rahmen einer Kommandowirtschaft entstandenen Binnenschulden sind willkürlich und würden den belasteten Betrieben - bei welchem Umtauschkurs auch immer - den Start in die Marktwirtschaft erschweren. Da sich diese Binnenschulden und Forderungen zwischen Betrieben, Banken und Behörden wie bei einer Konzernbilanz insgesamt saldieren, sind sie sämtlich zu streichen.

Das Geldvermögen der Bürgerinnen und Bürger sind Forderungen gegenüber dem Staat. Diesen Verbindlichkeiten des Staates steht daher das gesamte Produktivvermögen und ein großer Teil der Bausubstanz der DDR gegenüber, sie sind damit abgedeckt.

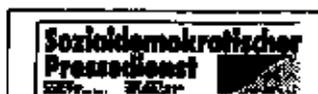
11. Eine Währungsunion mit einem Umtauschkurs von 1:1 ist notwendig. Ein niedrigerer Kurs würde zu großen sozialen Verwerfungen führen. Gerade in Berlin, dem Zentrum der deutschen Vereinigung, wäre der soziale Friede gefährdet.

Der Gemeinsame Fachausschuß fordert die Bundesregierung auf, die Verhandlungen mit der Regierung der DDR fair zu führen. Erforderlich ist jetzt die schnelle Erarbeitung eines gemeinsamen Grundkonsenses über die Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion. Nicht die bloße Übernahme gesetzlicher Regelungen der Bundesrepublik, sondern der Ausgleich der Interessen beider Seiten ist erforderlich.

{-/9.4.1990/v0-he/rs}

\* \* \*

## Solidarität mit den Sozialdemokraten in der DDR - Sonderrabatt 50 % -



**SPD-Pressedienst GmbH**  
Postfach 12 04 08

5300 Bonn 1

Ich bestelle ab..... zur Lieferung an eine Gliederung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR folgende Informationsdienste:

Parlamentarische Politischer Pressedienst (PPP).....	DM 41,25
PPP-Hintergrunddienst.....	DM 24,75
Sozialdemokratischer Pressedienst .....	DM 41,25
SPD-Pressedienst/Wirtschaft .....	DM 24,75
SPD-Pressedienst/Europa .....	DM 13,75
blick nach rechts .....	DM 4,90
(alle Preise monatlich zuzügl. Porto und MWSt.)	

Ich bitte, mir die Adresse des Empfängers mitzuteilen

.....  
(Name, Vorname)

.....  
(Datum)

.....  
(Straße)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(PLZ Wohnort)

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der SPD-Pressedienst GmbH, Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, Postfach 12 04 08, 5300 Bonn 1, schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

.....  
(Datum)

.....  
(Unterschrift)

(Die Bestellung bitte zweimal unterschreiben)